Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M 5.— Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 59. | Dresden, Sonnabend den 11. März 1911. | 22. Jahrg.

Von Schlappe zu Schlappe.

Die Reichstagsersatzwahl in Gießen.

Während die Regierungen durch ihre Blätter massenhaft Lärm über die Finanzreform" verzapfen, während sie bereits im Kurs volksfeindlicher Handlungen eifrig fortfahren, gibt die deutsche Wählerschaft bei jeder Gelegenheit, die ihr gegeben wird, ihrer hellen Entrüstung über die Missetaten, die man ihr zugefügt, Ausdruck. Jede neue Ersatzwahl zum Reichstag zeigt den mächtigen Ruck nach links, der durch die Massen in allen Landesteilen geht.

Nach Immenstadt-Kempten, wo soeben eine stolze Trutzsäule niedergebrochen wurde, bringt die gestrige Wahl im 1. hessischen Wahlkreise Gießen-Nidda wiederum eine antisemitisch-bündlerisch-nationalliberalen Reaktion eine schwere Niederlage. Das Wahlergebnis wird wie folgt gemeldet:

Gießen, 10. März. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Gießen-Grünberg-Nidda erhielten Werner (Wirtsch. Vgg.) 8184 Stimmen, Beckmann (Soz.) 7742 Stimmen, Korell (Freis.) 5030 Stimmen, Gisevius (natl.) 2369 Stimmen. Es hat demnach Stichwahl zwischen Werner (Wirtsch. Vgg.) und Beckmann (Soz.) stattzufinden.

Bei den letzten allgemeinen Wahlen vom Januar 1907 siegte der Antisemit Köhler, durch dessen Tod die jetzige Ersatzwahl nötig wurde, im ersten Wahlgang 9017, der Nationalliberale 7484, der Sozialdemokrat 6396 Stimmen. In der Stichwahl siegte Köhler mit 11 543 Stimmen gegen den Nationalliberalen, der 10 515 Stimmen erhielt. Die gestrige Wahl aber hat einen schweren Rückgang der Antisemiterei und den vollständigen Zusammenbruch des reaktionären Nationalismus erwiesen. Der Kandidat der antisemitisch-bündlerischen Wirtschaftlichen Vereinigung Werner erhielt über 2000 Stimmen weniger als sein Vorgänger. Die nationalliberale Kandidatur blieb völlig erfolglos, die weitaus größte Zahl der Wähler, die 1907 für den nationalliberalen Kandidaten gestimmt hatte, flüchtete sich zu der neuen Kandidatur der fortschrittlichen Volkspartei, die in Pfarrer Korell einen weiter links stehenden Liberalen aufgestellt hatte. Aber auch die Stimmen des nationalliberalen und des fortschrittlichen Kandidaten zusammen sind jetzt nur unbedeutend höher als die nationalliberalen Stimmen von 1907. Stimmenzuwachs, keineswegs Stimmenzuwachs gewann allein die Sozialdemokratie. Unsere Partei gewann an 13½ Hundert neue Wählerstimmen. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. Es ist um so erfreulicher, wenn wir die sprunghafte, aber stets aufwärts steigende Kurve unserer Parteistimmen in jenem Wahlkreise beobachten: 1903: 1782 Stimmen, 1893: 2852, 1898: 4495, 1903: 6025, 1907: 6396, 1911: 7742 Stimmen!

Der Wahlkampf war ein überaus heftiger. Die Antisemiten boten alles auf, was nur irgend möglich ist, um den Sieg zu halten. Diese Herrschaften haben im vorigen Jahre die Wahlkreise Eisenach und Zschopau-Marienberg an die Sozialdemokratie verloren. Es war und ist für sie geradezu eine Existenzfrage, daß sie Gießen, bisher eine feste Hochburg ihrer Partei, erhalten. Die skrupelloseste Hetze wurde von ihnen entfesselt. Man weiß ja hinlänglich mit welch vergifteten Waffen diese berufenen Rassenhetzer den politischen Kampf führen. Der antisemitische Kandidat Werner hatte dabei die volle Unterstützung des Bundes der Landwirte. Die wüsteste Agitation und die Aufbietung aber Mittel hat nichts gefruchtet, ein starker Abgang der Wähler trat ein, während der schärfste Gegner, die Sozialdemokratie, den Wählergewinn davontrug.

Ganz besonders kläglich ist Verlauf und Ausgang der Wahl für die Nationalliberalen. Diese hatten im Professor Gisevius einen Kandidaten auf, der durch eine konservativ-agrarischen Politik entgegenzukommen versprach. Hierdurch aber entstand in den liberalen Lagern die tiefste Zwiespalt. Die fortschrittlichen Elemente rebellierten gegen den „konservativen Nationalliberalen" und stellten eine eigene Kandidatur auf. Das Wahlergebnis beweist, daß sie damit den Wünschen der liberalen Wähler entsprochen haben. In hellen Scharen entflohen die Wähler, die noch 1907 nationalliberal gestimmt hatten, dieser Partei und schlugen sich auf die fortschrittliche Seite. Von 7484 Stimmen, die 1907 für den nationalliberalen Kandidaten gezählt wurden, blieb jetzt kaum der kläglichste Rest von zweieinhalb Tausend. Das ist die gerechte Vergeltung für einen Nationalliberalismus, der in Wahrheit nichts ist als ein Schleppenträger der konservativen Reaktion!

In der bevorstehenden Stichwahl wird es darauf ankommen, ob die freisinnigen Wähler entschlossen und geschlossen für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten werden. Wenn diese Wähler das, was ihnen die politische Situation gebietet, tun, dann wird auch der Wahlkreis Gießen der volksfeindlichen antisemitisch-agrarischen Reaktion entrissen werden können.

Die Zähne der Freiheit steigt empor!

•

Vor dem Wahltag.

Wie aus Gießen berichtet wurde, kündigte sich der Zusammenbruch der Nationalliberalen schon sehr deutlich an. Die Nationalliberalen hatten ihre „Primadonnen" reichlich aufgeboten. Die Herren Osann, Hagemann und Stresemann sind auf dem Kampffelde erschienen; aber ihre Versammlungen verliefen sehr stimmungslos. Abg. Baasche sprach noch am Abend vor der Wahl in Gießen, mußte sich aber mit wenig Hundert Zuhörern begnügen, während die Freisinnigen und Sozialdemokraten großartige Versammlungen hatten.

•

Die Stichwahlparole.

Das Berliner Tageblatt schreibt:

„Da die Nationalliberalen den Erfolg einer liberalen Kandidatur verhindert haben, kommt nun also der sozialdemokratische Kassenrendant Beckmann mit dem Antisemiten Werner in die Stichwahl, und da der Sozialdemokrat nur 400 Stimmen weniger als sein Gegner hat und auf die Unterstützung Korells und seiner Getreuen zählen darf, so ist sein Sieg und damit die Niederlage des Antisemitismus wahrscheinlich. Allerdings **wird ein geschlossenes und lückenloses Eintreten der Fortschrittlichen Volkspartei für Beckmann dringend nötig sein,** denn die Wähler des Herrn Gisevius werden ja wohl für den Antisemiten stimmen, wie sich das für rechte hessische Nationalliberale gehört. Die Fortschrittliche Volkspartei, die diesmal noch nicht selbst den Sieg erringen konnte, sich aber vorzüglich geschlagen hat, muß und wird — wir sind überzeugt davon — alles aufbieten, den Wahlkreis Gießen-Grünberg-Nidda dem Antisemitismus zu entreißen. Und das wird die erfreuliche Fortsetzung des schwarz blauen Zusammenbruchs und eine Tat der Säuberung sein."

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Noch nicht 1½ Jahre sind vergangen, als Präsident Taft in Mexiko bei dem Präsidenten Diaz zu Gaste war und es als die „größte Ehre seines Lebens" bezeichnete, die Vereinigten Staaten bei dem bedeutungsvollen Akte der Begegnung beider Staatsleiter vertreten zu dürfen. Glanzvolle Jubelfeste waren es, in denen von den freundschaft-nachbarlichen Verhältnissen beider Staaten gesprochen und kein Wort von einer auch nur gelinden Abhängigkeit Mexikos von den Vereinigten Staaten erwähnt wurde. Und jetzt sehen wir mit einem Male die Szenenveränderung, die mit der amerikanischen Mobilmachungsorder aller Welt augenscheinlich geworden ist. Der Große steht wieder dem Kleinen gegenüber, um ihn, halb warnend und halb drohend, in die Schranken zurückzuweisen.

Und um dieses Verhältnis vor der ganzen Welt zu dokumentieren, war die rasch beschlossene Mobilmachung eines Viertels der Union-Armee vorzüglich geeignet. Man braucht nicht an kriegerische Unternehmungen zu denken, da der Präsident Taft, der Mann der Friedenskommissionen, Schiedsgerichtsverträge und Abrüstungsresolutionen, diese seine Neigungen ernst nehmen soll, klar ist aber, daß man sich nicht zu den hohen Kosten dieses seltsamen „Wintermanövers" verstanden hätte, wenn es sich nicht um eine politische Demonstration handelte, von der man reichlichen Gewinn für die amerikanischen Interessen erhofft. Der Augenblick, um die Vormachtstellung Amerikas am Golfe von Mexiko deutlich zum Ausdruck zu bringen, wurde sicher mit Vorbedacht gewählt.

Wie widerspruchsvoll und tendenziös auch die Nachrichten aus Mexiko sein mögen, es steht fest, daß es um die Regierung Porfirio Diaz' im Augenblick schlecht, sehr schlecht bestellt ist. Präsident Diaz ist heute ein Achtziger. Seine stählerne Kraft und sein unbezwinglicher Wille sind allgemach schlaff geworden. Ob Diaz mit dem Tode ringt oder ob er nur von leichterem Unwohlsein befallen ist, bleibt gleichgültig. Jedenfalls, er ist nicht mehr der alte Gebieter. Das lang Gefürchtete bereitet sich vor, das, was er durch mehr als ein Vierteljahrhundert von seinem Vaterland in fast krampfhafter Arbeit abzuhalten sich bemüht hat, scheint vor der Tür zu stehen: Das Chaos à la Mittelamerika. Zwar ist die nun schon durch Monate währende Revolution im Landeszentrum und im Süden für den Augenblick so gut wie unterdrückt. Aber im Norden, vor allem in dem Bergwerkstaate Chihuahua, flackert sie so stark wie je. In Chihuahua aber sind Milliarden von fremdem Kapital investiert. Diaz selbst hat sich bemüht, es ins Land zu rufen. Er ist immer ein Freund der Ausländer gewesen, weil er sich von allem Anfang an darüber klar war, daß sein energieloses Land aus Eigenem nicht den langen Weg zur Zivilisation und staatlichen Finanzkraft machen würde. So hat er Deutsche, Franzosen, Engländer und Amerikaner gerufen. Die beiden letzteren vor allem haben ein jeder meist, wie erwähnt, im Norden Milliarden investiert. Die Union allein nach Schätzungen an die sechs Milliarden Mark. Sie stecken in den Eisenbahnen, Silber-, Gold-, Kupfer-, Kohlen- und anderen Bergwerken, in Farmen, Wasserkraftstationen und ähnlichem. Weit über 17 000 Nordamerikaner arbeiten im Lande und haben sich niedergelassen. Daß alle Ausbeute in die Hände der Fremden fällt, empört nun das Volk. Es bekämpft Diaz und die Seinigen gerade mit so vielem Erfolge, weil sie ihnen zum Vorwurf machen, die unermeßlichen Naturschätze des Landes den amerikanischen Trusts ausgeliefert zu haben. „Hinaus mit den Fremden!" und als Folge „Hinaus mit Diaz, der sie gerufen", ist heute das Schlagwort. Das lockt, und so haben nicht nur die armen Indianerstämme und Mestizen ihre Streitaxt ausgegraben, sondern auch die Arbeiterkreise der Städte und Industriezentren und viele Schichten der gebildeten Gesellschaft betätigen sich in mehr oder weniger offener oder versteckter Weise.

Die großen Kapitalmächte der Union, die in Mexiko an Eisenbahnen, Kupfer- und Silberminen, Kautschukplantagen, Banken und anderen Unternehmungen mit Milliarden von Dollar interessiert sind und deren Einfluß in das Weiße Haus hineinreicht, sympathisieren ganz und gar nicht mit den Feinden des gegenwärtigen Regimes. Darum haben auch die Gerüchte gar nichts so Unwahrscheinliches, daß die drohende Zusammenziehung amerikanischer Truppenmassen an der Grenze und die Ankunft von Kriegsschiffen, die das Sternenbanner zeigen, im stillen Einverständnis mit der mexikanischen Regierung vor sich gehen. Ihr mag es unangenehm sein, daß diese Vorbereitung einer fremden Intervention ihre eigene Schwäche im Lande und vor aller Welt verkündet; sie kann aber trotzdem das Vorgehen der Union als eine Warnung an die Insurgenten begrüßen, die genügen kann, diese im Zaume zu halten. Dieser Erfolg mag eintreten oder nicht, die Unionstruppen mögen zur Landung oder zum Ueberschreiten der Grenze gezwungen werden oder nicht — in jedem Falle wird die amerikanische Politik ihres Effektes sicher sein: in Mexiko eine ihr genehme, von ihr abhängige und ihr ergebene Regierung zu wissen, von der sie sich keiner politischen Anschläge gegen die Union zu versehen braucht. Das wird selbstverständlich auch in Japan verstanden werden, von wo aus man im Hinblick auf Konfliktsmöglichkeiten, die sich nach der Eröffnung des Panamakanals einstellen können, unverbürgten Nachrichten zufolge gegenwärtig eifrig in Mittelamerika um Bundesgenossen wirbt. Auch die Monroedoktrin ist mit der Mobilmachung in Zusammenhang gebracht worden. Sie spielt aber nur insofern eine Rolle, als sie den Vereinigten Staaten gewisse Verpflichtungen auferlegt, und diese schon wegen ihrer geographischen Lage am ehesten imstande sind, bei ernsteren Vorkommnissen, auch im Interesse der anderen Großmächte, eingreifen zu können.

Die ganze Aktion, zu der Präsident Taft und Kriegssekretär Dickinson ausgeholt, wird, wenn sich Mexiko beruhigt, ihren unmittelbaren Zweck erfüllt haben, das moralische Protektorat der Union über die Nachbarrepublik zu verkünden, die noch unlängst als „ebenbürtiges" Staatswesen gegolten. Sie wird aber auf alle Fälle noch einen anderen Zweck erfüllen, den wohl auch die amerikanischen Machthaber im Auge gehabt haben werden. Die Mobilmachung von heute ist in gewissem Sinne in Parallele zu stellen mit der Weltfahrt der Flotte, die Roosevelt arrangierte. Wie diese für die Marinepolitik Stimmung machte, so dürfte das jetzige Unternehmen den Nebenzweck verfolgen, das amerikanische Volk im Sinne des Militarismus zu bearbeiten. Der jüngst durch ein Versehen bekannt gewordene vertrauliche Bericht des Generals Wood hat schon auf die Notwendigkeit großer Reformen hingewiesen. Die Eröffnung des Panamakanals, der Blick auf Japan wird die Union vor neue große Aufgaben der Militärorganisation stellen, die Kehrseite der neuen Macht- und Weltpolitik. Sie führt natürlicherweise zu der militaristischen Propaganda, um den sehnlichsten Wunsch gewisser amerikanischer Kreise, neben der See- eine starke militärische Landmacht zu besitzen, zu erfüllen. Neue Rüstungen und neue Lasten für das amerikanische Volk werden die Folgen sein. Betrachten wir die Situation in Mittelamerika: genauere Ueberlegung zwingt dazu, in der Mobilmachung am Rio Grande auch ein Symptom dieser unerfreulichen Erscheinung „moderner" Kulturentwicklung zu sehen.

•

Die Zustimmung Mexikos.

Neuyork, 10. März. Während Präsident Taft telegraphisch dem Präsidenten Diaz und mündlich dem mexikanischen Botschafter de la Barra versichert hat, daß die angeblichen Manöver keinerlei Bedeutung von der Art haben, die bei den guten Freunden im Süden irgendwelche Besorgnis erwecken könnte, beginnen die Truppen von allen Seiten im Hauptlager zu San Antonio (Texas) einzutreffen. Die mexikanischen Insurgenten sind überzeugt davon, daß die Union im Einverständnis mit Diaz vorgeht, um durch Machtentfaltung an der Grenze weitere aktive Operationen der Revolutionäre zu hindern. Sie erklären aber, keiner Einschüchterung zu weichen. Gestern trat Präsident Taft die angekündigte Reise an, die ihn zwei Wochen von Washington fernhält. Diese Reise, ebenso die Tatsache, daß Staatssekretär Knox auf Urlaub in Florida bleibt, beweisen, daß ein unmittelbares Vorgehen an der mexikanischen Grenze nicht beabsichtigt ist. Ein Ueberschreiten der Grenze durch die Truppen soll nur im äußersten Notfall erfolgen. Taft hatte eine lange Unterredung mit dem mexikanischen Botschafter de la Barra; es scheint zweifellos, daß die mexikanische Regierung über jede Bewegung der amerikanischen vorher informiert wird. Minister Limantour hielt in New-York eine lange Beratung mit dem amerikanischen Botschafter in Mexiko Wilson. Danach erklärte Limantour, Tafts Mitteilungen an Diaz ließen nicht den geringsten Zweifel an der korrekten freundschaftlichen Haltung der Vereinigten Staaten bestehen. Die neuerdings gemeldete Niederlage Maderos läßt für die nächste Zeit einen gewissen Stillstand in den Aktionen der Insurgenten erwarten. Ein Teil der öffentlichen Meinung in der Union nimmt gegen die „Manöverspielerei" scharf Stellung und bezeichnet Tafts Vorgehen als gefährlich. Die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110311/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG